

**4.** Die Erfüllung bürokratischer Anforderungen bindet viel Zeit, die Unternehmen lieber in produktive Tätigkeiten stecken würden. Welche konkreten Schritte planen Sie, um bürokratische Hürden qualitativ und quantitativ abzubauen und zeitnah für die notwendige Entlastung zu sorgen?



---

**Anna-Maria Bischof, CDU, Listenplatz 4, Direktkandidatin Wahlkreis Schwalm-Eder (169):**

„Wir werden eine konsequente Entbürokratisierung Deutschlands einleiten. Dazu beenden wir die Übererfüllung europäischer Vorgaben, das sog. Goldplating. Hiervon würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren, die mittlerweile von der Vielzahl an Berichts-, Melde- und Dokumentationspflichten erdrückt werden. Wir wollen außerdem die Prüf- und Berichtszyklen für Unternehmen verlängern, Bagatellgrenzen anheben, eine Genehmigungsfiktion für Anträge nach Ablauf einer entsprechenden Frist bei Behörden einführen und wo immer möglich Pauschalen ausweiten.“

---

**Sören Bartol, SPD, Listenplatz 1, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):**

„Unser Ziel ist weniger Bürokratie und schnellere Bürokratieprozesse, um mehr Zeit für produktive Tätigkeiten und damit wirtschaftliches Wachstum zu schaffen.“

Dies schaffen wir durch die verstärkte Nutzung digitaler Prozesse, bspw. in der Bauverwaltung oder beim Erfassen von melderelevanter Daten. Darüber hinaus geht es insgesamt um den Abbau von Bürokratie durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten auf nationaler und EU-Ebene. Ebenso werden wir jedes Gesetz vor Umsetzung einem Praxistest unterziehen.

Als SPD achten wir darauf, dass Arbeitnehmer- und Verbraucherrechte sowie Ziele des ökologischen Wandels trotz Bürokratieabbau erhalten bleiben. Uns ist ebenfalls wichtig in der kommenden Legislaturperiode zu weiteren Konferenzen mit Wirtschaft und Verwaltung zusammenzukommen, um weiteren Bürokratieabbaubedarf zu ermitteln und hier tätig zu werden.“

---

## **Boris Mijatovic, Bündnis 90/Die Grünen, Listenplatz 6, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):**

„Gerade KMU leiden besonders unter aufwendiger Bürokratie und zu komplizierten Regeln. Mit dem Praxischeck haben wir dafür ein pragmatisches und erfolgreiches Instrument zum Abbau unnötiger Bürokratie in Deutschland eingeführt, das wir in der nächsten Legislatur skalieren werden. Bei jeder Gesetzgebung muss die einfache Umsetzbarkeit im Vordergrund stehen. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung von Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Ein wesentliches Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung: Wir wollen, dass öffentliche Dienstleistungen für Unternehmen an einer Stelle gebündelt werden und Daten nach dem Once-Only-Prinzip nur einmal eingereicht werden müssen. Die Notarpflichten werden wir vereinfachen und reduzieren. Damit mehr Unternehmen von den KMU-Ausnahmeregeln profitieren können, werden wir die Schwellenwerte für die Definition von KMU moderat anheben.“

---

## **Julian Schmidt, AfD, Listenplatz 4, Direktkandidat Wahlkreis Marburg (170):**

„Trotz aller Beteuerungen in der Vergangenheit sind die bürokratischen Hemmnisse für unsere Unternehmen in den letzten Jahrzehnten immer nur noch größer geworden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind die zahlreichen Informations- und Berichtspflichten eine enorme Belastung. Unser Ziel ein wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland, der durch geringe Steuern und Abgaben sowie den Abbau von Regulierung gestärkt wird.“

Dies wollen wir unter anderem mit folgenden Maßnahmen erreichen: Abschaffung von Lieferkettensorgfaltsgesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie, Abschaffung des Verpackungsgesetz, Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung, Vereinfachung der Datenschutzgrundverordnung, Vereinfachung des Vergaberechts, drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten.“

---

## **Jochen Rube, FDP, Listenplatz 5, Direktkandidat Wahlkreis Waldeck (166):**

„Die ausufernde Bürokratie eines der drängendsten Probleme unseres Standorts. Die FDP-Ministerien in der Ampel-Regierung haben einige Schritte unternommen. Bürokratieabbau ist aber eine Daueraufgabe, deswegen muss es jetzt mit ernsthaften Bemühungen weitergehen.“

Erstens: Ein dreijähriges Bürokratie-Moratorium – neue Regularien nur bei gleichwertigem Abbau bestehender Vorschriften. Zweitens: Wir schaffen sämtliche Berichtspflichten für ein Jahr lang ab – und führen danach nur diejenigen wieder ein, die vermisst wurden. Drittens: Eine Bürokratiebremse im Grundgesetz mit dem Ziel, den Erfüllungsaufwand um mindestens sechs Milliarden Euro pro Legislaturperiode zu reduzieren.

Zusätzlich führen wir Genehmigungsfiktionen ein: Reagiert eine Behörde nicht fristgerecht, gilt ein Antrag automatisch als genehmigt. Überflüssige Regelungen wie die Bonpflicht müssen weg.

Auf EU-Ebene kämpfen wir gegen überbordende Berichtspflichten und setzen uns für eine 1:1-Umsetzung von EU-Richtlinien ein.“

---

## **Violetta Bock, Die Linke, Listenplatz 3, Direktkandidat Wahlkreis Kassel (167):**

„Die Linke setzt sich für eine deutliche Entlastung durch Bürokratieabbau ein, ohne dabei wichtige Kontroll- und Schutzmechanismen zu gefährden. Wir verfolgen dabei einen pragmatischen Ansatz, bei dem Verwaltungsprozesse vereinfacht, zusammengeführt, wo immer möglich digitalisiert und transparent gemacht werden. Ein zentrales Ziel ist es, Formulare und Meldepflichten zu standardisieren, so dass Unternehmen, aber auch Kolleg:innen, nicht mehr mehrfach dieselben Informationen liefern müssen.

Bürokratische Hürden binden auch bei Kommunen unnötige Ressourcen, weshalb wir Bundesprogramme für Kommunen verstetigen und bürokratische Hürden abbauen wollen.“